

Generalsekretär Peter Hintze:

Konsequent sparen, keine neuen Steuern

An die eine gemeinsame Verantwortung in der Koalition hat Bundeskanzler Helmut Kohl erinnert und die drei die Koalition tragenden Parteien aufgefordert, diese Verantwortung auch gemeinsam wahrzunehmen.

Wie Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus am 4. November nach der konstituierenden Sitzung von Präsidium und

Generalsekretär Peter Hintze: *Im Grenzgebiet zwischen Zaïre und Ruanda bahnt sich eine Katastrophe an. Wir sind der Auffassung: Die Völkergemeinschaft ist gefordert, hier humanitäre Hilfe zu leisten. Eine besondere Verantwortung haben dabei diejenigen Mächte, die auch früher im Herzen Afrikas Verantwortung getragen haben.*

Bundesvorstand erklärte, hat der Parteivorsitzende damit insbesondere die Beratungen zum Bundeshaushalt 1997 gemeint und sich entschieden gegen verfrühte Festlegungen ausgesprochen. Er hat sich gegen Drohgebärden von seiten der FDP gewandt, statt dessen Umsicht und Sachlichkeit gefordert und Bundesfi-

HEUTE AKTUELL

● Bundesvorstand

Die SPD ist zur Nein-Sager-Partei geworden. Seite 4

Die CDU wird auch in Zukunft solidarisch zur Landwirtschaft stehen und sie unterstützen. Seite 6

● Kommunen

Über Gemeindefinanzreform jetzt entscheiden und nicht vertagen. Seite 8

● Satzungsrecht

Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU. Erläuterungen zum Parteitagbeschluss. Seite 10

● BACDJ

Für die CDU haben Opferschutz und Schutz der Allgemeinheit vor Sexualstraftätern Priorität. Seite 12

● GRÜNE/PDS

Magdeburger Modell auch in Berlin? Seite 16

● CDU Berlin

Umdenken in Deutschland - Ideen für Berlin. 12. Landesparteitag. Seite 17

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

nanzminister Theo Waigel die volle Unterstützung der CDU für dessen schwierige Aufgabe zugesagt.

Der Bundesvorstand war sich darüber einig, daß am Fahrplan für die Aufstellung des Haushalts 1997 festgehalten werden müsse, um möglichst bald zu einer Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte und zur Senkung der Staatsquote insgesamt zu kommen. Das bedeutet:

- konsequentes Sparen,
- keine neuen Steuern,
- keine erhöhte Neuverschuldung.

In der politischen Strategie für die nächsten Monate spielt die Antwort der CDU auf die totale Verweigerungs- und Blockadestrategie der Sozialdemokraten eine wichtige Rolle. Der SPD soll immer wieder öffentlich vorgehalten werden, welche wichtigen Reformvorhaben sie durch ihr Nein zu wichtigen Gesetzen im Bundesrat verhindert (siehe Seite 4 und 8).

Wichtige Termine im ersten Halbjahr 1997

- **10./11. Januar:** Klausurtagung mit der Beratung der Strategie für das Jahr 1997.
- **29. Januar:** Festakt zur Feier des 100. Geburtstags (4. 2. 1896) von Ludwig Erhard.
- **3. Februar:** Kongreß „50 Jahre Aalener Programm“ in Aalen mit dem Thema Fortentwicklung der Ökologischen Sozialen Marktwirtschaft.
- **19. März:** Bundesausschuß zum Thema „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ in Bonn.
- **19. April:** 30. Todestag von Konrad Adenauer.
- **17. Juni:** Bilanzkongreß zur inneren Einheit mit einer Würdigung des Erreichten und Beschreibung dessen, was noch zu leisten ist.

Abschiedsfeier für Hans-Joachim Reck

Mit dem 31. Oktober ist der bisherige Bundesgeschäftsführer der CDU, Hans-Joachim Reck, aus dem Amt geschieden, um eine neue berufliche Aufgabe bei der Telekom zu übernehmen.

Bei der Abschiedsfeier im Konrad-Adenauer-Haus, zu der alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeladen waren, würdigte Generalsekretär Peter Hintze die Arbeit des Bundesgeschäftsführers, der 1993 die Position eines Oberkreisdirektors aufgegeben hatte und nach Bonn gekommen war. Er hob dabei die Vorbereitungen für das Super-Wahljahr 1994 besonders hervor, den Ausbau des parteiinternen

Kommunikations-Systems „KomSys“ und den Start ins Internet.

Erstmals in der Geschichte der Wahlkämpfe sind unter seiner Geschäftsführung TV-Spots tagesaktuell konzipiert, produziert und gesendet worden und wurde ein bundesweites Telefon-Canvassing unter der Rufnummer „Bonn 1994“ eingeführt.

Generalsekretär Peter Hintze: „Ich habe Hans-Joachim Reck sehr herzlich zu danken. An der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung war er für mich ein loyaler Mitarbeiter, ein kompetenter Organisator und ein kluger Ratgeber. Ich bin sicher, daß er auch seine neue Position erfolgreich ausfüllen wird.“

Kurs der Bundesregierung eindrucksvoll bestätigt

Zu dem am 29. Oktober veröffentlichten Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

Eindrucksvoller als mit dem Herbstgutachten kann der Erfolg der Koalitionspolitik nicht dokumentiert werden: Die gesamtwirtschaftliche Produktion wächst, die Investitionsneigung belebt sich, und der private Verbrauch der Bürger nimmt zu. Auch den Tarifpartnern, die durch merklich niedrigere Abschlüsse zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen haben, stellt das Gutachten ein gutes Zeugnis aus.

Dieses konstruktive Zusammenwirken von standortpolitischen Entscheidungen, Haushaltskonsolidierung und umsichtiger Tarifpolitik muß fortgesetzt werden, um auch die Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus dem Herbstgutachten ablesen lassen. Keinesfalls darf die positive konjunkturelle Entwicklung zu einem Nachlassen unserer Anstrengungen um Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führen. Vor allem den neuen Ländern muß dabei unser besonderes Augenmerk gelten. Die strukturellen Verwerfungen, die in der Vergangenheit deutlich zu Tage getreten sind, sind noch keinesfalls behoben.

Entscheidend wird sein, zukunftssträchtige Industrien zu unterstützen und so neue Beschäftigungsfelder zu erschließen sowie unausgeschöpfte Arbeitsplatzpotentiale beispielsweise im Dienstleistungsbereich und in privaten Haushalten zu eröffnen.

Die Erfolge, die das Herbstgutachten belegt, sind damit zugleich Ansporn, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen. Die Richtung stimmt.

Den Reformkurs fortsetzen

Zum Herbstgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Das Herbstgutachten bestätigt, daß der eingeschlagene Reformkurs fortgesetzt werden muß. Die Prognose für die Wachstumsrate in diesem Jahr wurde im Vergleich zu den Vorhersagen vom Frühjahr spürbar nach oben korrigiert. Dennoch reicht das Wachstum noch nicht aus, um auf dem Arbeitsmarkt Verbesserungen in dem notwendigen Ausmaß herbeizuführen. Es ist weiterhin unser festes Ziel, die Arbeitslosigkeit in wenigen Jahren zu halbieren. Die weitere Durchsetzung der bisher eingeleiteten Schritte ist dringend erforderlich, um auf den schärferen internationalen Standortwettbewerb zu reagieren. Mit Blick auf vergleichbare Industriestaaten in Europa und der ganzen Welt müssen wir unsere Wirtschaft- und Arbeitsbedingungen weiter laufend überprüfen.

Vielen ist der Ernst der Lage bis heute offenbar nicht bewußt. Die ideologisch geführte Debatte zur Lohnfortzahlung macht dies überdeutlich. Im Ausland – und wir brauchen verstärkt ausländische Investoren – hat dafür niemand Verständnis. ■

Die SPD ist zur Nein-Sager-Partei geworden

Anlässlich seiner konstituierenden Sitzung am 4. November erklärte der Bundesvorstand der CDU:

Die Union wird ihren Kurs für mehr Wachstum und Beschäftigung unbeirrt fortsetzen. Die Zeichen der Zeit stehen auf Reform. Deutschland kann sich Stillstand nicht leisten. Es geht darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken, das Sozialsystem sachgerecht weiterzuentwickeln und mittelfristig Steuern und Abgaben zu senken.

Die Staatsquote muß gesenkt werden. Der Konsolidierungskurs in allen öffentlichen Haushalten und in den sozialen Sicherungssystemen muß durch konsequentes Sparen fortgesetzt werden. Deshalb kommen für uns weder neue Steuern noch höhere Neuverschuldungen in Frage.

Die Verweigerungsstrategie der SPD ist unverantwortlich und gefährdet die wirt-

schaftliche Entwicklung unseres Landes. So schaden die Sozialdemokraten dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Die SPD ist zur Nein-Sager-Partei geworden:

- Nein** zur Abschaffung der investitionsfeindlichen Gewerbekapitalsteuer,
- Nein** zur mittelstandsfreundlichen Senkung der Gewerbeertragsteuer,
- Nein** zur zukunftsweisenden Gemeindefinanzreform,
- Nein** zur Abschaffung der investitionsfeindlichen Vermögensteuer.

Die SPD hat bis heute keinen einzigen substantiellen wirtschafts-, sozial- und finanzpolitisch vertretbaren Vorschlag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen oder zur Förderung von Investitionen vorgelegt. Vielmehr muten die Sozialdemokraten dem Steuerzahler Ausgaben in sechs-

Wolfgang Schäuble: Völlig unerträglich

Herr Ministerpräsident Lafontaine, hören Sie ganz genau zu! Was mich wirklich stört, ist folgendes. Für heute, Mittwoch, den 30. Oktober, um 11 Uhr war eine Sitzung des Vermittlungsausschusses einberufen. Auf der Tagesordnung stand das Gesetz zur Ergänzung des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes. Diese Sitzung des Vermittlungsausschusses ist, weil eine Reihe von Ländern nicht anwesend sein konnte, mangels Beschlussfähigkeit abgesagt worden.

Das finde ich völlig unerträglich. Ich finde es völlig unerträglich, hier Sondersitzungen – Schauveranstaltungen – durchzuführen und dort, wo die Arbeit gemacht werden muß, damit die Finanzen in Ordnung kommen, die Beschlussfähigkeit herbeizuführen. Das paßt nicht zusammen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 30. Oktober 1996

stelliger Höhe für eine Sitzung des Deutschen Bundestages außerhalb der regulären Sitzungswoche zu. Statt eigene Verantwortung im Bundesrat wahrzunehmen, flüchtet die SPD infolge ihrer Konzeptionslosigkeit in die Sackgasse der Totalverweigerung.

6 Milliarden DM blockiert

Alein für den Bundeshaushalt 1996 hat die SPD-Mehrheit im Bundesrat ein Entlastungsvolumen des Bundes von rund sechs Milliarden Mark blockiert. Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands fordert die deutsche Sozialdemokratie daher auf, ihrer Verantwortung für unser Land gerecht zu werden und an zukunftsgerichteten Lösungen im Interesse der Menschen mitzuarbeiten.

Mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung, dem Jahressteuergesetz 1997, einschließlich der dritten Stufe der Unternehmenssteuerreform, hat die CDU-geführte Bundesregierung notwendige Maßnahmen auf den Weg gebracht und weitgehend durchgesetzt. Mit dem Beschluß „Tarif 2000“ des 8. Parteitages

hat die CDU eine große Steuerreform beschlossen, deren positive Auswirkungen weit in das nächste Jahrhundert reichen werden. Die CDU nimmt an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ihre Verantwortung für die Zukunft unseres Landes wahr und wird sich durch die Verweigerungshaltung der SPD nicht beirren lassen.

So wird in dieser Woche das Jahressteuergesetz 1997 im Bundestag verabschiedet werden. Bis Mitte November werden die notwendigen Haushaltsentscheidungen auf der Grundlage des Haushaltsentwurfes 1997 des Bundesfinanzministers und unter Berücksichtigung der in den nächsten Tagen ergehenden neuesten Steuerschätzung getroffen. Der Bundeshaushalt 1997 wird planmäßig verabschiedet.

Keine Alternative

Angesichts der wirtschaftlichen Herausforderung und der Verweigerungshaltung der SPD gibt es zu der Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik der Koalition und damit der sachgerechten Politik von Bundesfinanzminister Theo Waigel keine Alternative.

900.000 zusätzliche Arbeitsplätze durch EU-Binnenmarkt

Der Zusammenschluß der europäischen Volkswirtschaften zum EU-Binnenmarkt hat zur Schaffung von rund 900.000 Arbeitsplätzen geführt.

Wie aus einer Studie der EU-Kommission hervorgeht, hat der Binnenmarkt trotz teilweise mangelhafter Umsetzung in den Mitgliedstaaten insgesamt positive Auswirkungen auf die Wirtschaft. So sei das Einkommen in der Gemeinschaft 1994 um bis zu 1,5 Prozent gewachsen,

die Inflationsrate um den gleichen Prozentsatz gefallen und der Güterhandel um 20 bis 30 Prozent gestiegen.

„Zum ersten Mal haben wir eine objektive Bestätigung dafür, daß der Binnenmarkt tatsächlich als Katalysator für ein höheres Beschäftigungsniveau, für nachhaltiges Wachstum und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit dient“, sagte EU-Binnenmarktkommissar Mario Monti.

Die CDU wird auch in Zukunft solidarisch zur Landwirtschaft stehen und sie unterstützen

Der Bundesvorstand der CDU hat auf seiner konstituierenden Sitzung am 4. November folgenden Beschluß gefaßt:

Deutschland braucht eine leistungsfähige, marktorientierte und umweltverträgliche Land- und Ernährungswirtschaft, die hochwertige Nahrungsmittel und Rohstoffe erzeugt, die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und die Kulturlandschaft pflegt. Zur Sicherung dieser Leistungen brauchen wir eine wettbewerbsfähige bäuerliche Landwirtschaft, die sich im europäischen Binnenmarkt behaupten kann.

Die soziale Absicherung der Landwirte und ihrer Familien hat für die CDU einen hohen Stellenwert. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den sich vollziehenden Strukturwandel und schwierigen Anpassungsprozeß in der Landwirtschaft sozial abzufedern. Zugleich muß die deutsche Landwirtschaft zu gleich günstigen Produktionsbedingungen arbeiten können, wie sie in unseren europäischen Nachbarländern bestehen.

Gegenwärtig sind viele deutsche Bauern und ihre Familien durch die schwierige Lage am Rindfleischmarkt als Folge der BSE-Seuche in Großbritannien unverschuldet in eine äußerst schwierige Lage gekommen. Der Bundesvorstand der CDU begrüßt deshalb nachdrücklich den Beschluß des Bundeskabinetts, die vorgesehene Streichung der Vorsteuerpauschale vorerst auszusetzen und besondere Anstrengungen zur Herkunfts- und Qualitätssicherung bei Rindfleisch zu unternehmen.

Angesichts der aktuellen Lage bei den deutschen Rindermästern fordert der Bundesvorstand der CDU Deutschlands die

Bundesregierung auf, vertrauensbildende Maßnahmen für deutsches Rindfleisch nachhaltig zu unterstützen. Darüber hinaus setzt sich der Bundesvorstand der CDU dafür ein, daß

- das beim EU-Gipfel in Florenz vereinbarte Schlachtprogramm zur Abwehr der von BSE ausgehenden Gefahren von Großbritannien konsequent und vollständig umgesetzt wird;

- bei der Herstellung von Tiermehl in allen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft die in Deutschland geltenden Qualitätsstandards eingehalten werden;

- die Exportbeschränkungen für britisches Rindfleisch und Rindfleischprodukte solange bestehen bleiben, bis das vereinbarte Schlachtprogramm durchgeführt ist und die von BSE ausgehenden Gefahren beseitigt sind;

- alle Möglichkeiten der europäischen Export- und Beihilfenpolitik ausgeschöpft werden, um den Preisdruck bei Milch und Rindfleisch zu mindern;

- der Verbraucherschutz in der Europäischen Union verstärkt und der Tierschutz bei Transporten verbessert wird.

Die Agrarpolitik der CDU Deutschlands hat unseren Landwirten eine sichere Perspektive gegeben. Wir wollen, daß die Landwirte in Deutschland im europäischen Binnenmarkt weiterhin erfolgreich tätig sind. Dazu brauchen sie stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse. Sie können sich darauf verlassen, daß die CDU Deutschlands auch in Zukunft solidarisch zur Landwirtschaft stehen und sie unterstützen wird.

Neuaufgabe der Broschüre „Sozialhilfe – Ihr gutes Recht“

Über die Leistungen der Sozialhilfe nach der Reform des Sozialhilfe-Rechts informiert die überarbeitete Fassung der Broschüre „Sozialhilfe – Ihr gutes Recht“, die das Bundesministerium für Gesundheit jetzt neu herausgegeben hat.

Mit der am 1. August 1996 in Kraft getretenen Sozialhilfereform sind die Hilfen verbessert und zielgenauer gestaltet worden. So werden z.B. Sozialhilfeempfängern, die besondere Probleme bei der Vermittlung in den Arbeitsmarkt haben, neue Perspektiven durch verstärkte Hilfen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt eröffnet. Wohnungslosen kann jetzt wirkungsvoller geholfen werden. Die Rechtstellung und Entlohnung Behinderter in Werkstätten sind wesentlich verbessert worden.

Insgesamt sind mit der Sozialhilfe-Reform die Weichen für eine langfristige Stabilisierung der Sozialhilfe gestellt worden. Das grundlegende Prinzip des Bundessozialhilfegesetzes, die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz durch individuelle Bedarfsdeckung, bleibt in vollem

Umfang erhalten. Damit ist sichergestellt, daß mit der Sozialhilfe auch weiterhin für alle Menschen, die eine Notlage nicht selbst oder mit Hilfe anderer bewältigen können, eine der tragenden Säulen unseres sozialen Sicherungssystems bestehen bleibt.

Die Broschüre eröffnet allen interessierten Bürgern die Möglichkeit, sich über die Leistungen der Sozialhilfe zu informieren. Sie soll insbesondere dazu beitragen, Menschen in Notlagen auf die ihnen zustehenden Hilfen aufmerksam zu machen und ihnen die Scheu vor dem Gang zum Sozialamt zu nehmen. Wichtig sind die Hinweise der Broschüre auch für alle, die in sozialen Organisationen mit Hilfesuchenden arbeiten.

Einzelexemplare der Broschüre „Sozialhilfe – Ihr gutes Recht“ können beim Bundesministerium für Gesundheit, Broschürenstelle, 53108 Bonn, oder unter Tel.-Nr. (02 28) 9 41-13 32, Anrufbeantworter: (02 28) 9 41-47 13 oder der Fax-Nr. (02 28) 9 41-49 72 bestellt werden.

Wer hat Angst vor dem Euro?

Nur derjenige, der nicht weiß, daß Deutschland ganz besonders von seiner Einführung profitieren würde, der glaubt, daß sein Geld danach weniger wert wäre, und der, als drittes, nicht sieht, wie sich die Welt um Europa herum verändert hat. Der Euro ist die im wahren Wortsinn notwendige Antwort auf die Herausforderung durch die Globalisierung. Der gemeinsame Wirtschaftsraum mit unseren

Nachbarn auf dem alten Kontinent, manifestiert auch in einer gemeinsamen Währung, kann Interessenten aus neuen aufstrebenden Regionen anlocken. Hier auf Dauer national zu denken, bedeutet gefährliche Vereinzelung. So kann der Wettbewerb im großen Maßstab nicht bestanden werden. Vor diesem Hintergrund ist es verdienstvoll, daß die CDU eine eigene Informationskampagne gestartet hat, über die des Bundespresseamts hinaus.

Stuttgarter Zeitung

Über Gemeindefinanzreform jetzt entscheiden und nicht vertagen

Die Ausschüsse des Deutschen Bundestages beraten zur Zeit erneut über die Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer. Es besteht kein Zweifel, daß die Mehrheit des Deutschen Bundestages und die weit überwiegende Mehrheit der Kommunalpolitiker diesen Schritt einer Gemeindefinanzreform jetzt wollen.

In den bisherigen Ausschußberatungen hat sich gezeigt, daß die SPD-Bundestagsfraktion in Absprache mit den SPD-regierten Bundesländern an der Weigerung festhält, den Weg für eine Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer zu öffnen. Wegen der notwendigen Änderung des Grundgesetzes in Artikel 106 GG ist im Deutschen Bundestag für die Einführung der Umsatzsteuerbeteiligung eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit und damit die Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion erforderlich.

Die Beteiligung der Kommunen an der Einkommensteuer im Jahre 1969 gegen Hingabe eines Teils der Gewerbesteuer in Form der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder hat zur Stabilisierung und Stärkung der kommunalen Finanzen beigetragen, ohne Bund und Länder zu schwächen. Ebenso ist zu erwarten, daß die Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer gegen Hingabe der Gewerbekapitalsteuer das Finanzsystem der Kommunen stärkt. Durch das Vorhaben würden sich die gegenwärtigen Einnahmenanteile der Ebenen Bund, Länder und Gemeinden praktisch nicht verändern. Lediglich mittelfristig und langfristig ist wegen der höheren Wachstumsdynamik der Umsatzsteuer ein finanzieller Vorteil für die Kommunen zu erwarten.

Die SPD will die Gemeindefinanzreform vertagen. Sie schlägt die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat vor, die unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und unter Hinzuziehung von Vertretern der Wissenschaft Vorschläge zu einer Reform unterbreiten soll. Im Computer jedes finanzwissenschaftlichen Lehrstuhls an deutschen Universitäten sind mehr als 10 mögliche Modelle einer Gemeindefinanzreform gespeichert.

**Von Theo Blank, Vorsitzender
der Arbeitsgemeinschaft
Kommunalpolitik der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Falls die SPD will, können sie ihr vorgelegt werden. Es geht jetzt nicht darum, ein weiteres Modell und weitere Vorschläge zu entwickeln, sondern zu entscheiden. Die Einrichtung einer Kommission bedeutet, daß deren Ergebnisse frühestens Ende dieser Legislaturperiode vorliegen. Dann dauert es mindestens bis zur Mitte der nächsten Legislaturperiode, also bis zum Jahr 2000, bevor Bundestag und Bundesrat die Gemeindefinanzreform abschließend behandeln könnten. Es wäre unwahrscheinlich, daß dann ein anderes Kompromißmodell auf dem Tisch liegen würde als jetzt. Darum der Appell an die SPD: Nicht vertagen, jetzt entscheiden!

Bereits vor einem Jahr hat die SPD-Bundestagsfraktion die Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer blockiert. Da-

Konkrete Aufträge

Bundeskanzler Kohl hat auf seiner acht-tägigen Reise durch wichtige Staaten Ostasiens eine gute Figur gemacht; das werden selbst die seiner offiziellen Delegation angehörenden deutschen Gewerkschaftsführer mit SPD-Partei-buch bestätigen. Daß er von dem fast weltweit zur Kenntnis genommenen Langstreckenrekord als demokratisch gewählter deutscher Regierungschef beflügelt wurde, steht außer Frage. Ein geschickte Regie des Kanzleramtes trug so zum Erfolg der Reise wesentlich bei.

In der Sache selbst waren die offiziellen Besuche in Indonesien, auf den Philippinen und schließlich in Japan – drei boomenden Staaten mit zusammen fast 390 Millionen Einwohnern und Verbrauchern – der bisher massivste Bonner Einsatz im Rahmen des 1993 ausgearbeiteten Asien-Konzeptes der

Bundesrepublik. Damals hatten Regierung, Wirtschaftsverbände und Unternehmen gemeinsam einen langfristig wirkenden Plan entwickelt, wie die deutsche Wirtschaft stärker und nachhaltiger am Wachstum dieser Weltregion beteiligt werden könnte. Manches war zuvor versäumt worden, denn mittlerweile reicht es nicht mehr, Waren und Dienstleistungen „Made in Germany“ zu hohen Preisen anzubieten.

Um so bemerkenswerter ist es, daß die deutsche Wirtschaftsdelegation mit den vielen hochrangigen Teilnehmern, einem „Gotha“ der deutschen Industrie, über vage Geschäftsanbahnungen hinaus konkrete Aufträge mit nach Hause bringt. Sie sichern Arbeitsplätze sowohl daheim als auch im Ausland und sollen wie Anker für die Zukunft wirken.

Rheinische Post

mit hat sie zugleich den notwendigen Wegfall der Gewerbesteuer verhin-dert. Sollte die SPD an ihrer Verweigerungshaltung festhalten, wird ab dem nächsten Jahr die Einführung der Gewer-bekapitalsteuer in den neuen Bundeslän-dern unausweichlich. Dies wird ohne Zweifel die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern belasten und somit dem Bund und den alten Ländern eine höhere und längere Unterstützung abverlangen. Die Beseitigung der Gewerbesteuer liegt deshalb im Interesse aller Länder und des Bundes.

Die weitaus überwiegende Mehrheit der Kommunalpolitiker will die Beteiligung an der Umsatzsteuer. Die gelegentlich von den kommunalen Spitzenverbänden erhobenen Bedenken betreffen lediglich einzelne Modalitäten, die regelbar sind, aber nicht das Grundanliegen. Alle drei kommunalen Spitzenverbände bleiben auf der

vor einem Jahr eingenommenen Position, daß sie bereit sind, im Interesse des Standorts Deutschland auf die Gewerbesteuer zu verzichten, wenn sie im Gegenzug entsprechend an der Umsatzsteuer beteiligt werden.

UiD-Erscheinungsweise

Nachfolgend die UiD-Erscheinungsweise von UiD-Nr. 35 bis UiD-Nr. 40:

Nr. 35/96: 14. 11. 1996

Nr. 36/96: 21. 11. 1996

Nr. 37/96: 28. 11. 1996

Nr. 38/96: 5. 12. 1996

Nr. 39/96: 12. 12. 1996

Nr. 40/96: 19. 12. 1996

Eventuelle Änderungen vorbehalten.

Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU

Der 8. Parteitag der CDU hat einen Antrag des Bundesvorstandes zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU diskutiert und verabschiedet. Ziel dieses Beschlusses ist es, eine stärkere Beteiligung von Frauen an den Parteiämtern der CDU und an den politischen Mandaten bei allen öffentlichen Wahlen zu erreichen.

Durch diesen Beschluß wurden das Statut (§ 15) und die Geschäftsordnung der CDU (§ 12) ergänzt. Beide satzungsrechtlichen Ergänzungen sind mit sofortiger Wirkung in Kraft getreten und auf dem Bundesparteitag der CDU bei den Wahlen zum Bundesvorstand auch bereits mit Erfolg umgesetzt worden.

Zur konkreten Umsetzung der satzungsrechtlichen Änderungen darf ich folgende Erläuterungen geben:

1. § 15 Abs. 2 gibt als **politische Zielvorgabe an**: „Frauen sollen an Parteiämtern in der CDU und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt sein.“

2. § 15 Abs. 3 trifft dazu zwei konkrete Festlegungen:

a) „Förmliche Kandidatenvorschläge bei Wahlen für Parteiämter haben den Grundsatz nach Abs. 2 zu beachten. Wahlgremien können Kandidatenvorschläge zurückweisen, die Frauen nur unzureichend berücksichtigen.“

Förmliche Kandidatenvorschläge in diesem Sinne liegen vor, wenn ein satzungsrechtlich vorschlagsberechtigtes Gremium

(Vorstand, Wahlvorbereitungsausschuß, Listengremium u. ä.) der jeweiligen Wahl- bzw. Aufstellungsversammlung einen abgestimmten Vorschlag für Gruppenwahlen unterbreitet.

Einfache Zusammenstellungen über die vor einem Wahlparteitag oder einer Aufstellungsversammlung eingegangenen

Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Reck hat in einem Brief an die Parteigliederungen den Parteitagsbeschluß „Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU“ erklärt und vor allem die konkrete Umsetzung der satzungsrechtlichen Änderungen erläutert.

Hans-Joachim Reck: „*Ich möchte Sie herzlich bitten, bei der Umsetzung dieses Beschlusses mitzuhelfen und auf diese Weise dazu beizutragen, daß der Anteil der Frauen in unseren Gremien dementsprechend erhöht wird.*“

Wahlvorschläge unterschiedlicher Gliederungen, die beispielsweise bei Bundesparteitagen u. a. von Landes-, Bezirks- und/oder Kreisverbänden der CDU oder den Bundesvereinigungen eingereicht werden, sind kein förmlicher Wahlvorschlag im Sinne des neuen Satzungsrechts, sondern lediglich eine Informationsunterlage.

b) Des weiteren heißt es im § 15 Abs. 3: „**Wird bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandse-**

bene an aufwärts in einem ersten Wahlgang das Frauenquorum von einem Drittel nicht erreicht, ist dieser Wahlgang ungültig. Es ist ein zweiter Wahlgang vorzunehmen, zu dem weitere Vorschläge gemacht werden können. Dessen Ergebnis ist unabhängig von dem dann erreichten Frauenanteil gültig.“

Das hier beschriebene Verfahren gilt also erst von der Kreisverbandsebene an aufwärts.

Die Berechnung des Frauenquorums bezieht sich ausdrücklich nur auf den ersten Wahlgang. Beispiel:

Der Bundesvorstand der CDU besteht u. a. aus 26 weiteren Beisitzern. Bei der Neuwahl auf dem Bundesparteitag erreichten alle 26 gewählten Beisitzer bereits im ersten Wahlgang die notwendige Mehrheit von über 50 %. Das Frauenquorum bezog sich deshalb in diesem Fall auf die Gesamtzahl der gewählten Beisitzer und errechnete sich somit wie folgt:

$26 \text{ geteilt durch } 3 = 8,66$. Entsprechend unserer Geschäftsordnung wird bei Bruchteilen ab 0,5 aufgerundet. Deshalb mußten im beschriebenen Fall 9 Frauen gewählt werden.

Hätten beispielsweise im ersten Wahlgang nur 24 Kandidaten die notwendige Mehrheit von über 50 % erreicht, so wäre das Frauenquorum mit 8 gewählten Kandidatinnen erfüllt worden ($24 \text{ geteilt durch } 3 = 8$).

Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang erfüllt, so kommt es bei eventuell folgenden ergänzenden Stichwahlen nicht mehr zur Anwendung.

Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang nicht erfüllt, so muß die entsprechende Wahl wiederholt werden, und es besteht dann die Möglichkeit, auch Neuwahlvor-

schläge einzubringen. Das Ergebnis einer solchen Wahlwiederholung wäre dann unabhängig vom Frauenquorum gültig.

3. § 15 Abs. 5 trifft eine Aussage zur Aufstellung von Wahllisten für Mandate. Darin wird festgeschrieben, **daß bei den entsprechenden Listen unter drei aufeinanderfolgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau vorgeschlagen werden soll.**

Das bedeutet, daß beispielsweise bei einer Liste mit 15 Personen jeweils mindestens eine Frau unter den Plätzen 1–3, 4–6, 7–9, 10–12 und 13–15 vorgeschlagen wird. Wird davon abgewichen, so ist dies vor der entscheidungsberechtigten Versammlung darzulegen und zu begründen.

Das Recht zu Gegenkandidaturen auf den einzelnen Positionen wird dadurch nicht eingeschränkt. Das heißt, daß selbstverständlich auch männliche Kandidaten auf den Positionen gegenkandidieren können, auf denen weibliche Kandidaten in der Liste vorgeschlagen sind.

4. § 12 Abs. 2 der Geschäftsordnung regelt das Verfahren bei der Errechnung des Quorums. Ergibt sich bei der Berechnung des Quorums keine glatte Zahl, sondern eine Bruchzahl, so wird ab dem Wert von 0,5 aufgerundet. (Beispiel: 10 geteilt durch 3 = 3,33 / wird abgerundet auf 3; 11 geteilt durch 3 = 3,66 / wird aufgerundet zu 4).

Zu weiteren Fragen zum Verfahren stehen der Leiter der Hauptabteilung Organisation, F. Claudius Schlumberger, der Leiter der Abteilung Parteiorganisation, Ulf Leisner, und der Justiziar der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Peter Scheib, gerne zur Verfügung.

Für die CDU haben Opferschutz und Schutz der Allgemeinheit vor Sexualstraftätern Priorität

Zur Frage eines wirksameren Schutzes der Allgemeinheit vor Sexualstraftätern erklärten der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Herbert Helmrich MdL, und die weiteren Vorstandsmitglieder Walter Remmers MdL und Staatssekretärin Gabriele Wurzel im Anschluß an die jüngste Sitzung des BACDJ in Kassel:

Patentrezepte für eine hundertprozentige Sicherheit der Bevölkerung vor Sexualstraftätern kann es nicht geben. Gleichwohl müssen – insbesondere zum Schutz unserer Kinder vor Sexualstraftätern – Maßnahmen im Bereich des materiellen und prozessualen Strafrechts sowie des Strafvollzugsrechts getroffen werden. Wir CDU-Juristen fordern – neben einer besseren Ausnutzung der bereits bestehenden Regelungen hinsichtlich der Anordnung von Untersuchungshaft, Höhe der zuerkannten Strafe und deren Vollzug – im einzelnen:

1. Wir plädieren für eine Erhöhung der Mindeststrafe bei Sexualdelikten. Denn diese ist neben der Höhe des Strafrahmens erheblich für die Entscheidung über die zuzumessende Strafe. Darüber hinaus sollte der Strafrahmen von 10 auf 15 Jahre erhöht werden.

2. Sexualstraftäter mit zeitlich begrenzter Freiheitsstrafe dürfen künftig nur dann zur Bewährung entlassen werden, wenn zuvor das Gutachten eines externen Sach-

verständigen eingeholt worden ist. (Bisher werden zumeist von den Justizvollzugsanstalten angestellte Psychologen als Gutachter herangezogen, die den Straftäter bereits kennen und möglicherweise ein gewisses Näheverhältnis zu diesem aufgebaut haben.) An Strafvollzugslockerungen sind strengere Maßstäbe anzulegen, die in stärkerem Maße auch die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung berücksichtigen.

3. § 57 StGB ist in der Weise zu ändern, daß die Entlassung von Sexualstraftätern zur Bewährung nur möglich ist bei Feststellung einer positiven Erwartung, der Straftäter werde in Zukunft kein Delikt mehr begehen. (Nach der jetzigen Regelung des § 57 StGB muß lediglich die Prognose gestellt werden, die „Erprobung“ des Verurteilten in der Freiheit könne verantwortet werden.)

4. Es muß gesetzlich die Möglichkeit eingeräumt werden, daß Sexualstraftäter auch nach voller Verbüßung ihrer Strafe einer Führungsaufsicht sowie damit verbundenen Weisungen und Auflagen unterworfen sind. (Bislang ist Führungsaufsicht nur neben einer Haftstrafe möglich bzw. unter engen Voraussetzungen nach Anordnung von Maßregeln gem. §§ 63 ff. StGB.)

5. In besonders schweren Fällen müssen Sexualstraftäter bereits nach Begehung der ersten Wiederholungstat zum Schutz der Allgemeinheit in Sicherungsverwah-

rung genommen werden. (Bislang können Sexualstraftäter erst nach zweimaliger Rückfälligkeit in Sicherungsverwahrung genommen werden.)

6. Um die nach bisherigen Erkenntnissen hohe Rückfallquote bei Sexualstraftätern zu senken, müssen im normalen Strafvollzug Therapieangebote eingeführt bzw. intensiviert werden. Es ist auch zu erwägen, ob die Unterbringung in psychiatrischen Krankenhäusern nach § 63 StGB künftig unabhängig von der Beurteilung der Schuldfähigkeit angeordnet werden kann. (Bislang ist im normalen Strafvollzug eine Therapie nur in Ausnahmefällen vorgesehen bzw. möglich; die Unterbringung in psychiatrischen Krankenhäusern kann nur bei Schuldunfähigkeit oder verminderter Schuldfähigkeit angeordnet werden.)

7. Zur Stärkung der Opfer schwerer Straftaten im Strafverfahren sollte ein sog. Opferanwalt eingeführt werden.

8. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen müssen durch eine verstärkte Bewußtseinsbildung über die Verwerflichkeit von Kindesmißbrauch flankiert sein. Kinder

dürfen nicht zum Objekt sexueller Begierden oder verwerflichen Gewinnstrebens von Erwachsenen gemacht werden.

Der BACDJ unterstützt die Gesetzesanträge, die Bayern zur Bekämpfung des Kindesmißbrauchs in den Bundesrat einbringt. Wir sind zugleich der festen Überzeugung, daß alle vorgeschlagenen Maßnahmen begleitet sein müssen von einer verstärkten Bewußtseinsbildung über die Verwerflichkeit von Sexualstraftaten, insbesondere gegenüber Kindern. Kindesmißbrauch, Kindersextourismus dürfen nicht länger tabuisiert oder sogar verharmlost werden. Ihre strafrechtliche Verfolgung auch in Zielländern des Kindersextourismus muß durch bi- und multilaterale Abkommen sichergestellt sein. Der Jugendschutz im Bereich neuer Medien, insbesondere im Bereich des Internet ist dringend zu verbessern. Weiterhin müssen nicht nur die Hersteller, sondern auch die Anbieter und Nutzer von Kinderpornos im Internet strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Wir CDU-Juristen werden uns auf Bundes- und Landesebene dafür einsetzen, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen ernsthaft diskutiert und möglichst bald umgesetzt werden. ■

Symposium „Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen“

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. veranstaltet in Zusammenarbeit mit Frischluft Bonn am 7. Dezember 1996 ein Symposium zum aktuellen Thema: „Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen“. Im Vordergrund steht die spezielle Problematik innerhalb des Themenkreises Gewalt, und zwar inwieweit soziale und ökonomische Strukturveränderungen innerhalb der Gesellschaft Einfluß nehmen auf die Gewaltbereitschaft Jugendlicher. Das

Seminar richtet sich dabei sowohl an Jugendliche als auch an Multiplikatoren in der Jugendarbeit und Interessierte. Tagungsort ist das Jugendgästehaus am Venusberg.

Weitere Informationen/Anmeldungen bei:

Frischluft e.V.
Postfach 24 01 16
53154 Bonn
Tel.: (02 28) 31 00 23
Fax: (02 28) 31 47 03

Große Bereitschaft, Verantwortung füreinander zu übernehmen

Von Mitte August bis Mitte September 1996 hat das Institut infas Sozialforschung GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend insgesamt 3.000 Männer und Frauen ab 14 Jahren in Ost- und Westdeutschland zum Thema „Gegenseitiges Bild der Generationen“ befragt.

Dabei zeigte sich in den einzelnen Untersuchungsergebnissen:

- Hilfe und Unterstützung für andere Menschen wird von der großen Mehrheit der Bevölkerung begrüßt.

98 Prozent der Befragten sehen es als wünschenswertes Verhalten an, daß man sich gegenseitig hilft und unterstützt. Immerhin 65 Prozent beurteilen diese Bereitschaft sogar als sehr wünschenswert.

- Es herrscht große Bereitschaft, die Erfahrungen der anderen Generation anzunehmen. 92 Prozent der befragten Frauen und Männer stimmen der Aussage zu, daß Jüngere von Älteren viel lernen können, und immerhin 75 Prozent glauben, daß auch die ältere Generation von den Jüngeren immer noch etwas lernen kann.

- Es gibt gegenseitiges Verständnis der Generationen untereinander und die Bereitschaft zum gegenseitigen Kontakt.

Über die Hälfte der Befragten (52 Prozent) sind der Auffassung, daß sich die Generationen gut miteinander verstehen und gerne bereit sind, häufiger Kontakt miteinander zu haben.

- Solidarität der Jüngeren für die Älteren ist nahezu selbstverständlich.

Immerhin 84 Prozent sind dafür, daß die ältere Generation abgesichert ist, die so viel für den Aufbau des Landes getan hat.

- Ältere Menschen nutzen ihre Möglichkeiten aktiv zu sein genauso wie Jüngere.

Über zwei Drittel (69 Prozent) der Befragten stimmen der Aussage zu, daß ältere Menschen entsprechend ihrem Alter ebenso aktiv sind wie jüngere Menschen.

- Es ist eine große Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement vorhanden.

Jeder Zehnte der Befragten betreut ehrenamtlich eine hilfs- oder pflegebedürftige Person. Insgesamt verteilt sich die Betreuungstätigkeit auf alle Personen im sozialen Umfeld recht gleichmäßig, allerdings überwiegen die Frauen.

Bundesfamilienministerium legt aktuelle Befragung zum Verhältnis der Generationen untereinander vor

- Unterschiedliche Auffassung bei der Bewertung des Generationenvertrags.

71 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, daß am Generationenvertrag, dem Prinzip, daß nachfolgende Generationen die Renten der Eltern bezahlen sollten, festgehalten werden sollte. Die 14- bis 19jährigen stimmen dem Prinzip nur zu 54 Prozent zu, während die 70jährigen und älter zu 88 Prozent dieser Meinung sind.

- Das Verhältnis zwischen den Generationen ist nicht konfliktfrei.

Insgesamt stimmten über die Hälfte der Befragten der Aussage zu, daß Kontakte zwischen alt und jung eher konfliktbela-

Umsetzung der Ziele von HABITAT II beginnt auf nationaler Ebene

Zu einer ersten Präsidiumssitzung trafen sich auf Einladung des Präsidenten Peter Götz die europäischen Mitglieder des Präsidiums des „International Council of Global Parliamentarians on HABITAT“ in Bonn.

In dieser Sitzung wurde u. a. beschlossen, daß im Frühjahr 1997 eine europäische Regionalkonferenz der HABITAT-Parlamentarier in Osteuropa abgehalten werden soll, in der die nationalen Erfahrungen und Vorgehensweisen auf parlamentarischer Ebene zu Fragen einer zukunftsbeständigen Wohnraumversorgung und Siedlungsentwicklung gebündelt werden.

Es muß darum gehen, die Rolle der Parlamentarier international zu stärken. In den Städten entscheidet sich die Zukunft der Menschen. Deshalb ist eine enge Verflechtung zwischen den Regierungen, Parlamenten und den kommunalpolitisch Verantwortlichen unabdingbar.

Sowohl die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süßmuth, als auch der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Klaus Töpfer, betonten in ihren Ausführungen

die Notwendigkeit einer stärkeren Bewußtseinsbildung für die wechselseitige Abhängigkeit von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten, die auch uns zunehmend betreffen und nicht nur ein Problem der Dritten Welt darstellen.

Von Peter Götz, Vorsitzender der Arbeitsgruppe HABITAT im Deutschen Bundestag, Präsident der Global Parliamentarians für den europäischen Kontinent

Die Weltsiedlungskonferenz HABITAT II in Istanbul war aus Sicht der teilnehmenden Parlamentarier ein großer Erfolg. Die Parlamentarier haben sich darauf verständigt, international enger zusammenzuarbeiten, um die jeweiligen nationalen Regierungen in deren Bestreben um Lösungsfindungen für die zunehmenden Probleme von Wohnungs- und Siedlungsentwicklung zu unterstützen. Um dies zu verwirklichen, sollen auch in anderen Ländern – wie die im Deutschen Bundestag bereits seit längerem bestehende ausschlußübergreifende Arbeitsgruppe HABITAT – nationale parlamentarische Arbeitsgruppen gebildet werden.

den sind. 64 Prozent sind dabei der Ansicht, daß aufgrund der Wirtschaftslage die Konflikte eher größer werden.

Bundesministerin Claudia Nolte:

„Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, daß es eine große Bereitschaft in unserer Gesellschaft gibt, Verantwortung für andere zu übernehmen, und die einzelnen

Generationen bereit sind, aufeinander zuzugehen. Daß es dabei auch zu Konflikten kommen kann, müssen wir berücksichtigen und das Unsere dazu beitragen, Lösungen zu finden: Gegenseitige Hilfe und Unterstützung fallen nicht vom Himmel, sondern erfordern das Engagement jedes einzelnen in Familie und Gesellschaft.“ ■

Magdeburger Modell auch in Berlin?

„Ich schließe das Magdeburger Modell für Berlin nicht aus“, hat der Fraktionsvorsitzende der Berliner Bündnisgrünen, Wolfgang Wieland, am 3. November gegenüber der Berliner Zeitung bestätigt. Die Festlegung der Berliner Grünen, die im vergangenen Jahr eine Zusammenarbeit mit der PDS abgeschlossen hatten, gelte nicht automatisch für die nächsten Wahlen.

Wieland: „1999 werden die Karten neu gemischt.“ Die PDS müsse allerdings einige Bedingungen erfüllen und beispielsweise glaubhafter als bisher mit ihrer Vergangenheit brechen. „Das ist auch eine deutliche Aufforderung an die PDS, die Zeit bis 1999 zu nutzen“, sagte Wieland.

Kein Modell für Berlin

Einen größeren Gefallen hätte der Fraktionschef der Berliner Grünen der CDU gar nicht tun können. Pünktlich zum CDU-Landesparteitag sprach sich Wolfgang Wieland für eine rot-grüne Minderheitsre-

gierung aus, die von der PDS toleriert wird. Magdeburg in Berlin? Die Union hatte ihr Thema und war sich in ihrer Empörung über diesen Vorschlag einig.

Verständlicherweise. Das Modell der Grünen geht völlig an der Berliner Realität vorbei. In der ehemals geteilten Stadt ist die Sensibilität gegenüber der SED-Nachfolgepartei besonders groß. Vor allem die West-Berliner können mit einer PDS, in der alte Kader und ehemalige Stasi-Spitzen mitarbeiten, nichts anfangen. Die PDS ist zwar im Ostteil Berlins stark, deswegen aber noch lange nicht regierungsfähig.

Das müßte eigentlich auch der Grünen-Politiker Wieland wissen. Bloße Zahlendarithmetik und der Wunsch nach Regierungsbeteiligung ist die eine Sache, inhaltliche Auseinandersetzung die andere. Bevor man über Regierungsbeteiligung redet, muß man sich mit den politischen Konzepten der PDS auseinandersetzen.

Berliner Zeitung

Kommunales Sicherheitskonzept der CDU Hessen

Die hessische CDU hat ein kommunales Sicherheitskonzept vorgelegt und die Kreisverbände aufgefordert, das Konzept in ihrem Bereich umzusetzen.

Zum Beispiel lassen sich folgende Prioritäten der Sicherheitsaktivitäten festlegen:

- Subjektiv empfundene Gefahrenstellen im Stadtbild auflisten.
- Ordnungswidrige Zustände aufspüren.
- Kriminalitätsbrennpunkte offenkundig machen.

Als erste Maßnahmen zur Abwehr bzw. Beseitigung von sicherheitsbedrohlichen Zuständen werden vorgeschlagen:

- Verstärkter Einsatz von Sicherheitsdiensten an gefährdeten oder als gefährdet angesehenen Orten.
- Gemeinsame Streifen­tätigkeit von Vollzugs- und Hilfspolizei.
- Verstärkte Jugendschutzkontrollen.

Die hessische CDU hat die Kreisparteien aufgefordert, gerade im Vorwahlkampf zur Kommunalwahl im Frühjahr 1997 nach diesem Sicherheitskonzept zu handeln.

Umdenken in Deutschland – Ideen für Berlin

Im Zeichen der aktuellen Haushaltsdiskussion, aber auch unter dem Motto „Umdenken in Deutschland – Ideen für Berlin“ stand der 12. Landesparteitag der Berliner CDU. „Sparen, ohne zu gestalten, ist wie Fasten, ohne gesund und schlank zu werden“, faßte Berlins Regierender Bürgermeister und Landesvorsitzender Eberhard Diepgen die Ausgangssituation für diesen Parteitag zur inhaltlichen Diskussion zusammen. „Wir müssen die Notwendigkeit, mit den vorhandenen Mitteln hauszuhalten, zu einer strukturellen Reform nutzen.“

Die CDU sei heute die einzige Reformpartei Deutschlands. „Die Besitzstandswahrer sitzen in der linken Ecke“, so Eberhard Diepgen. Wenn es eine Chance für einen humanen Umbau unseres Wirtschafts- und Sozialsystems gebe, dann nur mit der CDU. Das zeitliche Zusammentreffen von Haushaltsdiskussion und Inhalts-Parteitag erweis sich somit als Glücksfall.

Nach einer engagierten Debatte über die Ergebnisse der aktuellen Haushaltsberatungen teilte sich der Parteitag in fünf Arbeitsgruppen, um über grundsätzliche Leitlinien für die Politik der Berliner CDU zu diskutieren. Die Themenfelder innere Sicherheit und Justiz, Soziale Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Schule und Ausbildung sowie Kultur wurden zuvor in einer Mitgliederbefragung der Landespartei ermittelt.

Inhaltlich vorbereitet wurden die Themenbereiche von einem Sachverständigenbeirat der Berliner CDU, an dem sich zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – darunter auch Nicht-Parteimitglieder – beteiligten. Für die Diskussion auf

dem Parteitag konnten ebenfalls externe Experten gewonnen werden. Die Ergebnisse spiegeln eine ausgesprochen tabufreie Diskussion wieder, die in den Arbeitsgruppen geführt werden konnte.

Einige Beispiele: Die CDU Berlin setzt sich in der kommenden Zeit das Ziel, den subsidiaritätsfeindlichen Wildwuchs sozialer Zielgruppenangebote zu überprüfen. Angesichts der einklagbaren Anspruchsvielfalt fordert die Berliner Union ferner die Einführung eines legislativen Verursacherprinzips. Wer Anspruchsgrundlagen schafft, muß auch die Folgekosten tragen –

Geschlossenheit trotz schwieriger Haushaltsdiskussion

eine Forderung, die angesichts der Finanzdiskussion zwischen Bund und Ländern zunehmend an Bedeutung gewinnen wird. Das Subsidiaritätsprinzip müsse insgesamt wieder zur Maxime staatlichen Handelns im Bereich der Existenzsicherung und der sozialen Daseinsvorsorge werden.

Die mit dem Parteitag eingeleitete Aktion „Umdenken in Deutschland – Ideen für Berlin. Denken Sie mit!“ soll auch über das nächste Jahr hinaus weitergeführt werden. Mit einer Umfrageaktion sowie zahlreichen Veranstaltungen sollen im nächsten Schritt auch die Bürger an der Aktion beteiligt werden. Der Berliner CDU-Generalsekretär Gerhard Lawrentz: „Wir wollen einen Kommunikationsprozeß mit den Menschen in unserer Stadt. Wir wollen ihre Ideen aufgreifen und sie mitnehmen auf die Reise in die Zukunft. Und wir wollen auch das eine oder andere Signal aus der Hauptstadt setzen.“

An die Mandats- und Funktionsträger in der CDU

Betrifft: Organisationshandbuch

Seit Anfang September 1996 ist das Organisationshandbuch der CDU in die allgemeine Informationsbank der CDU-Bundesgeschäftsstelle, in KomSys, eingestellt. Das hat den Vorteil, daß Sie über ein aktuelles Organisationshandbuch in der jeweiligen CDU-Geschäftsstelle verfügen, sofern die Geschäftsstelle an KomSys angeschlossen ist. Im Gegensatz zur gedruckten Version sind wir bei den elektronischen Medien hier in der Lage, in kurzen, regelmäßigen Abständen die Daten zu aktualisieren. So sind zum Beispiel die Namen des in Hannover neu gewählten Parteivorstandes umgehend in die Computerfassung des Orghandbuches eingegeben, und Sie brauchen nicht die nächste gedruckte Neuauflage im Sommer 1997 abzuwarten. Selbstverständlich können Sie sich die einzelnen Seiten des Organisationshandbuches auch ausdrucken lassen.

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, daß im Organisationshandbuch alle Anschriften sowie die Telefon-, Fax- und Internet-Nummern der CDU-Gliederungen bis zur Kreisebene erfaßt sind. Weiter sind u. a. der Bundesvorstand, die Bundestags- und Europaabgeordneten sowie die Vorstände der Landesverbände und Landtagsabgeordneten der CDU aufgeführt. Auf Kreisebene sind Kreisvorsitzende, der Kreisgeschäftsführer, die Wahlkreisabgeordneten für Bundestag und Landtag sowie Oberbürgermeister und Landräte, die der CDU angehören, genannt. Weiter sind im Organisationshandbuch die wichtigsten Anschriften und Namen der Vereinigungen, Sondervereinigungen, Stiftungen und Wirt-

schaftsbetriebe der CDU zu finden. Ferner sind die CSU und ihre wichtigsten Gliederungen sowie die internationalen Parteibeziehungen der CDU aufgelistet. Auch das amtliche Gemeindeverzeichnis der Bundesrepublik Deutschland ist



dem Organisationshandbuch beigelegt. Dort sind die Städte und Gemeinden den Kreisverbänden und Wahlkreisen zugeordnet.

Eine Kurzanleitung über die Benutzung des Programmes für das Organisationshandbuch haben die Landes- und Kreisgeschäftsstellen bereits erhalten. Eine ausführliche Anleitung steht zudem im Computerprogramm. Die Computermaske des Buches ist anbei abgebildet. Mit Maus-Klick können die einzelnen Kapitel aufgerufen werden.

Für inhaltliche Fragen und Anregungen steht Ihnen Iris Tietz-Mittler (02 28) 54 43 73 zur Verfügung. Indem Sie uns Änderungen in Ihrem Verband umgehend mitteilen, können Sie zur Aktualität des Organisationshandbuches beitragen.



EURO

Die Währung
für eine
sichere Zukunft

WIR
GESTALTEN
ZUKUNFT **CDU**



◀ **EURO-
Großdisplay**

Mit wenigen Handgriffen in Minuten-schnelle aufgebaut, eignet sich dieses Display besonders als Dekoration für die EURO-Veranstaltung Ihres CDU-Verbandes. Bestell-Nr.: **0173** Preis je Display: 350,- DM zzgl. MwSt.

**EURO-
Dekoplatat A1**

Bestell-Nr.: **8178** Verpackungseinheit: 50 Expl. Preis je 50 Expl.: 22,- DM

▼ zzgl. MwSt. und Versand



◀ Stützen an der Rückseite machen das Ganze standfest.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



Erste Regionalveranstaltung der EURO-Kampagne der CDU am 4. November in Koblenz

Ankündigungsplakat A1 ▶
Bestell-Nr.: 8221, Verpackungseinheit: 50 Expl. Preis je 50 Expl.: 22,- DM zzgl. MwSt. und Versand

UiD

34/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktionsleiter
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb: Union Betriebs GmbH, Postfach 2449, 53014 Bonn, Telefon (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-500 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: W. Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.